

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen Verständigung mit dem polnischen Volk

Zur gegenwärtigen Diskussion über die Rechtslage Deutschlands erklärt Bun- deskanzler Helmut Kohl:

Die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen unserer Außen- und Deutschlandpolitik stehen nicht zur Disposition. Namens der Bundesregierung habe ich diese Grundlagen in zahlreichen Regierungserklärungen und allgemeinen Berichten zur Lage der Nation im geteilten Deutschland immer wieder bekräftigt. Die deutsche Frage bleibt rechtlich und politisch offen.

Die Deutschlandpolitik sowie unsere Politik gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas bleiben bestimmt durch

- das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,
 - den Deutschlandvertrag,
 - den Moskauer und den Warschauer Vertrag von 1970,
- (Fortsetzung auf Seite 2)

Aufforderung zur Diskussion

Im grünen Teil dieser Ausgabe finden Sie als Dokumentation den Antrag des Bundesausschusses an den 37. Bundesparteitag „Moderne Parteilarbeit in den 90er Jahren“ im vollen Wortlaut. Antragsschluß für den Bundesparteitag in Bremen ist der 14. August 1989.

HEUTE AKTUELL

- **Beschäftigung**
Anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Seite 3
- **Präsidium:**
Keine politische Zusammenarbeit mit radikalen Parteien. Seite 4
- **Bundesregierung**
Rudolf Seiters: Bilanz der Regierungsarbeit. Seite 5
- **Berlin**
Rot-radikales Regierungsbündnis in Bonn wäre eine andere Republik. Seite 9
- **Kommunen**
Neue Baunutzungsverordnung verabschiedet: Weniger Spielhallen, mehr Dachgeschosswohnungen. Seite 11
- **Altersversorgung**
Die Renten sind wieder sicher. Seite 14
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Materialien für Ihre Aktionen im Sommer. Seite 15

(Fortsetzung von Seite 1)

- das Viermächteabkommen von 1971,
- den Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972,
- die Briefe zur deutschen Einheit,
- die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der alle Fraktionen — CDU/CSU, SPD und FDP — zugestimmt haben,
- die einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Wer die fortbestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin in Frage stellt, rührt nicht zuletzt an den Voraussetzungen für die Freiheit und Sicherheit Berlins. Die Bundesregierung hat solchen Bestrebungen daher stets eine klare Absage erteilt. Wer umgekehrt bereits die Betonung von Rechtsstandpunkten für praktische Politik im Interesse des Zusammenhalts der Nation und der Einheit Deutschlands hält, der lenkt — ungewollt — von der Tatsache ab, daß Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung Kern der deutschen Frage sind.

Die Freiheitsinteressen des polnischen und deutschen Volkes lassen sich nicht auseinanderdividieren. Der gegenwärtige politische und gesellschaftliche Wandel in Staaten des Warschauer Paktes eröffnet die historische Chance zur Verwirklichung der Menschenrechte für alle jene Europäer, denen sie in den vergangenen Jahrzehnten verweigert wurden — und damit auch für alle Deutschen.

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, diese Chance zu nutzen. Unser Ziel bleibt — wie Konrad Adenauer es einmal ausgedrückt hat —: In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.

Die Darlegung der staats- und völkerrechtlichen Lage und das Bemühen um eine Politik der Verständigung mit Polen

dürfen nicht in einen künstlichen Gegensatz zueinander gebracht werden. Vor dem Hintergrund der bitteren historischen Erfahrungen von Deutschen und Polen liegt es im Interesse beider Völker, daß Frieden und Recht eine unauflöslliche Einheit bilden.

In wenigen Wochen gedenken wir des Überfalls der nationalsozialistischen Gewaltherrscher auf Polen, durch den der Zweite Weltkrieg ausgelöst wurde. Dieser Krieg hat unendliches Leid über die Völker gebracht. Im deutschen Namen und von deutscher Hand ist gerade auch dem polnischen Volk Furchtbare angetan worden. Wir wollen und dürfen dies nicht vergessen — und ebensowenig dürfen wir vergessen, daß später von Polen Schlimmes an Deutschen geschehen ist. Dies alles soll nicht verdrängt werden, aber wir wollen daraus lernen. Denn welchen Sinn soll es haben, wenn wir gegeneinander aufrechnen — wie dies einige hüben wie drüben immer noch tun?

Wir wollen Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, wie wir dies auch mit Frankreich und Israel erreicht haben. Das ist unsere Pflicht, und es entspricht auch der Sehnsucht beider Völker. Die Zeit ist reif für eine dauerhafte Aussöhnung. ■

In Versmold:

Die Dokumentation „**Unsere Verantwortung für die Schöpfung**“ (Antrag des Bundesvorstands zur Umwelt- und Energiepolitik an den 37. Bundesparteitag) im grünen Teil der UID-Ausgabe 21/89 ist auch in unserem Versandzentrum in 4804 Versmold, Postfach 13 28, zu beziehen.

Bestell-Nr.: 5176

Mindestabnahme: 50 Exempl.

Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM zuzügl. MwSt.

Anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich zur Jahresmitte ungebrochen fort. Die Zahl der Arbeitslosen im Juni ist gegenüber dem Vorjahr um 216.000 auf 1.915.000 nochmals zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf die Erwerbspersonen insgesamt, ist gegenüber Juni 1988 von 7,5 auf 6,7 Prozent gesunken; auf die abhängigen Erwerbspersonen bezogen ist sie von 8,3 auf 7,4 Prozent zurückgegangen.

Die Jugendarbeitslosigkeit sank gegenüber dem Juni des Vorjahres um 26,5 Prozent und liegt nun so niedrig wie seit 1980 nicht mehr. Die ohnehin schon niedrige Kurzarbeiterzahl hat gegenüber dem Vorjahresmonat nochmals kräftig um 31 Prozent abgenommen; Kurzarbeit verliert gesamtwirtschaftlich gesehen mehr und mehr an Bedeutung.

Die Beschäftigung tendiert demgegenüber verstärkt nach oben. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Juni bei 27,530 Millionen um 316.000 höher als ein Jahr zuvor. Die zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften schlägt sich auch in der steigenden Zahl der offenen Stellen nieder. Ende Juni waren bei den Arbeitsämtern rund 256.000 offene Stellen gemeldet; 27,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 1989 rund 1.086.000 Stellen neu gemeldet; gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ist dies eine Steigerung um 10,6 Prozent.

Bundesminister Hans Klein, Sprecher der Bundesregierung: Die Bundesregierung begrüßt die fortschreitende Arbeitsmarkt-

entlastung und erwartet vor dem Hintergrund des kräftigen Wirtschaftswachstums, steigender Unternehmensinvestitionen und der hohen Kapazitätsauslastung der Industrie für die kommenden Monate eine weitere Stärkung dieses Trends. Sie appelliert an alle Betriebe, das jetzt anlaufende Sonderprogramm der Bundesregierung zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zu nutzen, um auch für diesen Personenkreis die Arbeitsmarktchancen zu verbessern. ■

Pressestimmen

Im Sog der Konjunktur

Die Konjunktur steht unter Dampf wie noch nie in diesem Jahrzehnt. Die Personalreserven sind ausgereizt, immer mehr Unternehmen müssen zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Die Kurzarbeit spielt praktisch keine Rolle mehr, sie ist in vielen Branchen ähnlich gering wie zu Beginn der siebziger Jahre. Im Schlepptau der ausgezeichneten Wirtschaftslage hat sich der Beschäftigungsaufbau beschleunigt: Derzeit liegt die Zahl der Erwerbstätigen um mehr als 300.000 über dem Vorjahresstand. Ausschlaggebend ist, daß die Industrie wieder ihre Belegschaften ausweitet. Von dieser Entwicklung profitieren die Arbeitslosen, denn im zweiten Monat hintereinander liegt die Arbeitslosenzahl unter der magischen Zwei-Millionen-Marke.

Handelsblatt

Unter die Schwelle

Im zweiten Monat wird nun die „Zwei-Millionen-Schwelle“ auf dem Arbeitsmarkt unterschritten. Das mildert kein einziges Arbeitslosenschicksal, aber es signalisiert einen Trend. Endlich schlägt sich die boomende Konjunktur auch in den Nürnberger Statistiken, zwar noch bescheiden, aber

Keine politische Zusammenarbeit mit radikalen Parteien

Das Parteipräsidium der CDU, das am 3. Juli 1989 unter Vorsitz des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, tagte, faßte nachstehenden Beschluß zum Verhältnis der CDU zu radikalen Parteien:

1 Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien wie z. B. den

Kommunisten, den Grünen/Alternative Liste, den Republikanern, den Nationaldemokraten und der Deutschen Volksunion ab.

2 Dies gilt für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

3 Die Landesverbände der CDU werden aufgefordert, die Einhaltung dieses Beschlusses sicherzustellen.

dauerhaft nieder. Ganz kühne Optimisten errechnen sogar, daß die zwei Millionen im Jahresdurchschnitt unterschritten werden könnten, obwohl hier eine gewisse Skepsis angebracht ist. Der niedrigste Stand im Jahresdurchschnitt nach 1982 wird 1989 allemal erreicht.

Die Welt

Arbeitsmarkimpulse

Der Arbeitsmarkt profitiert jetzt zunehmend von den anhaltend lebhaften konjunkturellen Auftriebskräften. In der Wirtschaft sind nicht nur die Kapazitäten so stark ausgelastet wie seit Beginn der siebziger Jahre nicht mehr. Mit dem Abbau der Kurzarbeit, einer wachsenden Zahl von Überstunden und Sonderschichten sind auch die Personalreserven in den Unternehmen weitgehend erschöpft. Heinrich Franke, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hat bei der Vorlage der neuesten Arbeitsmarktzahlen bestätigt, daß durch diese Entwicklung die Einstellungsbereitschaft für neue Mitarbeiter spürbar gestiegen ist. Das zeigt eine wachsende Zahl von Stellenangeboten und Arbeitsvermittlungen. Nicht nur in den Dienstleistungsbereichen werden jetzt neue Arbeits-

plätze angeboten, sondern verstärkt auch im verarbeitenden Gewerbe. Auftragslage und Bestellreserven, die anhaltende Nachfrage aus dem Inland und aus dem Ausland sprechen dafür, daß sich die positiven Beschäftigungsimpulse fortsetzen werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Ohne Sommerloch?

Auch der frühzeitige Ferienbeginn in einigen Bundesländern und das Ende zahlreicher Ausbildungsverhältnisse haben den Rückgang der Arbeitslosenzahl im Juni erfreulicherweise nicht stoppen können. Zwar ist die Abnahme nicht besonders stark, doch beweist sie, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte gegenüber den saisonbedingten Belastungen durchsetzen konnten. Dies berechtigt zu der Annahme, daß das alljährliche „Sommerloch“ am Arbeitsmarkt diesmal nicht so tief sein wird wie in der Vergangenheit — oder sogar ganz ausfällt. Da die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr kräftig gestiegen ist, kann man die jüngsten Daten vom Arbeitsmarkt insgesamt positiv bewerten.

Neue Osnabrücker Zeitung

Rudolf Seiters:

Bilanz der Regierungsarbeit

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung am 27. April das Arbeitsprogramm der Bundesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode umrissen. Schon zwei Monate danach ist die Arbeit in wichtigen Bereichen bereits weit fortgeschritten. Dies unterstreicht die Handlungsfähigkeit des umgebildeten Bundeskabinetts.

I. Die auf den Weg gebrachten Initiativen sind vor dem Hintergrund der positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen:

● Die aktuellen Konjunkturdaten zeigen, daß sich das Wirtschaftswachstum weiter fortsetzt und in diesem Jahr voraussichtlich über 3 Prozent liegen wird. Damit wird eine günstige Ausgangsbasis für das kommende Jahr geschaffen.

● Die wirtschaftliche Dynamik spiegelt sich auch in der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen wider. Im laufenden Jahr steht die Finanzentwicklung der Gebietskörperschaften im Zeichen einer erheblichen Verbesserung der Haushaltslage. So waren die Gesamteinnahmen im 1. Quartal d. J. um 8 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

● Die wirtschaftliche Entwicklung geht nicht, wie vielfach behauptet, am Arbeitsmarkt vorbei. Die Zahl der Beschäftigten hat seit 1983 um über 1,2 Mio. zugenommen; die Arbeitslosigkeit liegt erstmals seit Oktober 1982 unter der 2-Millionengrenze; im Ausbildungsstellenmarkt geht das Angebot bundesweit bereits über die Nachfrage hinaus; die Jugendarbeitslosigkeit ist in keinem anderen Land der

Europäischen Gemeinschaft so niedrig wie bei uns.

● Von den großen Reformen zeigt vor allem das Gesundheitsreform-Gesetz erste positive Ergebnisse. Der durchschnittliche Beitragssatz ist zu Jahresbeginn erstmals seit 1984 stabil; die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sind im ersten Quartal 1989 gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,6 Prozent gesunken. Das sind Minderausgaben in Höhe von 292 Mio. DM. Die am 19. Juni 1989 beschlossenen Festbeträge für Arzneimittel werden ein weiteres Einsparvolumen von über 281 Mio. DM jährlich ab September 1989 bewirken.

Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft erweist sich zunehmend als richtig und trägt mehr und mehr Früchte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Deshalb geht die Bundesregierung ihren Weg der Zukunftssicherung für unser Land konsequent weiter.

II. Aus den vielfältigen Entscheidungen, die die Bundesregierung seit April getroffen hat, sind hervorzuheben:

● Am 24. Mai hat die Bundesregierung Eckwerte für ein neues **Umwelthaftungsgesetz** beschlossen, um die zivilrechtliche Verantwortung der Verursacher von Umweltschäden neu zu regeln und die Überprüfung gefährlicher Stoffe zu forcieren.

● Durch intensive Verhandlungen in Brüssel ist es nunmehr gelungen, auch bei Kleinwagen **obligatorische Schadstoffgrenzwerte** einzuführen, die den Einbau eines geregelten Drei-Wege-Katalysators erfordern. Die Bundesregierung geht davon aus, daß zusammen mit der

geplanten emissionsbezogenen Kfz-Besteuerung das Ziel, schon ab Oktober 1991 nur noch Neuwagen mit Katalysator zuzulassen, erreicht wird.

● Entsprechend dem hohen Stellenwert, den die Bundesregierung der Raumfahrt beimißt, hat das Bundeskabinett am 26. April 1989 die **Neuordnung des deutschen Raumfahrtmanagements** und die Errichtung einer Deutschen Raumfahrtagentur beschlossen. Die sichert eine effiziente koordinierte Planung und Abwicklung der deutschen Weltraumpolitik unter Einschluß ihrer internationalen Einbindung.

● Am 22. Mai 1989 hat die Bundesregierung das „**Zukunftskonzept Informationstechnik**“ verabschiedet. Mit diesem Konzept wird der Bedeutung der Informationstechnik als Schlüsseltechnologie für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Elektroindustrie, im Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau sowie in Dienstleistungsbereichen und bei der Lösung öffentlicher Aufgaben entschieden.

● Am 21. Juni 1989 wurde im Bundeskabinett das BMFT-Programm „**Umweltforschung und Umwelttechnologien 1989 bis 1994**“ verabschiedet. Die Bundesregierung will mit dem vorliegenden Rahmenprogramm eine wichtige Grundlage für wirkungsvollen Umweltschutz auf der Basis fundierter wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse über die Entstehung, Wirkung und Vermeidung einer nachteiligen Entwicklung von Natur und Umwelt schaffen.

● Trotz der Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt bleibt als besondere Herausforderung die **Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit**. Die Bundesregierung hat deshalb beschlossen, ab 1. Juli 1989 mit erheblichen Lohnkostenzuschüssen und der Finanzierung zusätzlicher Betreuungsmaßnahmen den seit über 12 Mona-

ten von Arbeitslosigkeit Betroffenen den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern. Insgesamt stehen dafür bis Ende 1991 1,75 Mrd. DM zur Verfügung.

● Der auf Vorschlag der Bundesregierung am 23. Juni 1989 vom Deutschen Bundestag beschlossene **Sozialversicherungsausweis** wird das Instrumentarium zur Bekämpfung illegaler Praktiken auf dem Arbeitsmarkt wirksam erweitern und dadurch zum Ausbau legaler Arbeitsplätze beitragen.

● Die schon im März 1989 von den Koalitionsparteien beschlossene strukturelle Verbesserung der **Kriegsopferversorgung** wurde insbesondere aufgrund der Situation der Kriegerwitwen noch einmal auf 125 Mio. DM aufgestockt.

● Die Bundesregierung wird am 5. Juli 1989 den **Haushaltswurf für 1990** beschließen, mit dem der Kurs sparsamer Verwendung der öffentlichen Mittel fortgesetzt wird. Es bleibt bei dem grundsätzlichen Ziel dauerhafter stabiler Grundlagen für die öffentliche Finanzwirtschaft, verbunden mit der Schaffung von Spielraum für zukunftsichernde Aufgaben.

● Auf dem Gebiet der **Steuerpolitik** haben wir mit dem vom Deutschen Bundestag am 16. Juni 1989 beschlossenen „Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten“ einige begrenzte Korrekturen am Steuerreformgesetz 1990 vorgenommen und einige neue steuerliche Erleichterungen eingeführt.

● Die zugunsten der Montanregionen im Zusammenhang mit der Ruhrgebietskonferenz und dem Saarlandgespräch von 1988 ergriffenen Maßnahmen werden zügig umgesetzt. Die kürzlich gezogene **Bilanz zur Ruhrgebietskonferenz** hat deutlich gemacht, daß von ihr wichtige wirtschaftliche Anstöße ausgegangen sind und eine neue Aufbruchstimmung im

Ruhrgebiet eingezogen ist. Im Juli 1989 wird eine **Bilanz des Saarlandgespräches** gezogen, wobei schon jetzt ähnlich positive Wirkungen deutlich geworden sind.

● Im Juni 1989 hat die Bundesregierung beschlossen, der bayerischen **Region Oberpfalz** einen Ausgleich für die der Region durch den Verzicht auf das Projekt Wackersdorf entstehenden besonderen Belastungen zu gewähren und zu prüfen, wie die strukturpolitischen Auswirkungen dieses Verzichtes regionalpolitisch abgestützt werden können. Eine entsprechende Arbeitsgruppe hat die Arbeit aufgenommen.

● Die Unterstützung der deutschen **Werften** bei der Bewältigung ihrer Strukturprobleme zum Ausgleich von internationalen Wettbewerbsverzerrungen wird fortgesetzt. Das VIII. Werfthilfeprogramm wird verlängert. Für die dafür geplante 7. Tranche von 1990 bis 1992 hat der Deutsche Bundestag zusätzliche Programmmittel in Höhe von 700 Mio. DM vorgesehen.

● Die Bundesregierung hat der Ankündigung des Bundeskanzlers zur Verbesserung der **Lage der Familien** mit den Gesetzentwürfen zur Erhöhung des Erziehungsgeldes und des Kindergeldes sowie zur Verlängerung des Erziehungsurlaubes Rechnung getragen. Die Ausgaben des Bundes für die Familien werden sich hierdurch stufenweise um weitere 2,64 Mrd. DM jährlich erhöhen.

● Die Arbeiten für eine umfassende **Reform des BAföG** sind auf der Grundlage einer Vereinbarung der Koalition vom März 1989 gut vorangekommen. Mit dem gezielten Umbau des BAföG werden sowohl größere soziale Gerechtigkeit für einkommensschwächere Familien als auch die Schließung des sog. „Mittelstandslochs“ erreicht.

● Auf Initiative des Bundesinnenministers hat die Innenministerkonferenz am

3. Juni 1989 einen wichtigen Beschluß zu **Beschleunigung der Asylverfahren** gefaßt. Hiernach soll die Zuständigkeit für die Entgegennahme von Asylanträgen in den Ländern zentralisiert werden und zugleich eine Außenstelle des Bundesamtes in organisatorischer und räumlicher Nähe zu dieser zentralen Ausländerbehörde eingerichtet werden. Mit diesen Maßnahmen soll die Dauer des Anerkennungsverfahrens auf wenige Monate verkürzt werden.

● Außerdem arbeitet der Bundesinnenminister an einem Gesetzentwurf zur **Neuregelung des Ausländerwahlrechts**. Hierdurch soll u.a. der Aufenthaltsstatus von Ausländern, die seit langer Zeit bei uns leben, verbessert und die Einbürgerung erleichtert werden; eine automatische Einbürgerung wird es jedoch nicht geben. Ferner sollen die Ausweisungsmöglichkeiten im Falle von Schwerekriminalität erweitert werden.

● Der am 6. Juni 1989 von der Bundesregierung beschlossene Entwurf eines Gesetzes zur **Anpassung von Eingliederungsleistungen für Aus- und Übersiedler** ist darauf gerichtet, Eingliederungshilfen ziel- und sachgerechter zu gewähren und an Veränderungen in der Entwicklung anzupassen, das Verfahren zu vereinfachen sowie bei vergleichbaren Leistungen die Gleichbehandlung von Aus- und Übersiedlern mit der einheimischen Bevölkerung zu gewährleisten.

● In der **Europäischen Gemeinschaft** wurden unter der noch bis Ende Juni amtierenden spanischen Ratspräsidentschaft weitere Fortschritte gemacht. Das Programm zur Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 nimmt — wie die Ergebnisse des Europäischen Rates in Madrid zeigen — seinen planmäßigen Fortgang.

III. Seit der Regierungserklärung Ende April 1989 hat die Bundesregierung in der Außen- und Sicherheitspolitik in zen-

tralen Bereichen Ergebnisse erreicht, die in ihrer politischen Bedeutung weit in die Zukunft reichen:

● Auf der **NATO-Gipfelkonferenz** am 29. und 30. Mai 1989 wurde ein Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle verabschiedet, zu dem die Bundesregierung maßgebliche Beiträge geleistet hat. Die Bundesregierung geht davon aus, daß das Gesamtkonzept — zusammen mit der von dem amerikanischen Präsidenten in Brüssel eingebrachten Initiative zur konventionellen Rüstungskontrolle — neue Dynamik in die laufenden Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle bringt. Das gilt insbesondere für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Die gleichzeitig in Brüssel verabschiedete Gipfelerklärung enthält die Grundlinien einer außenpolitischen Strategie, die die Bündnispartner gemeinsam in den nächsten Jahren verfolgen wollen.

Mit diesem Programm von Brüssel hat das Bündnis eine klare Antwort auf die historischen Herausforderungen gegeben, die sich insbesondere im Bereich der West-Ost-Beziehungen stellen.

● Der sich unmittelbar an den Brüsseler Gipfel anschließende **Besuch des neuen amerikanischen Präsidenten Bush** in der Bundesrepublik Deutschland hat die existentielle Bedeutung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft erneut unterstrichen und stellte zugleich einen wichtigen Beitrag zu deren Festigung dar. Der amerikanische Präsident hat die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich als „Partner in einer Führungsrolle“ bezeichnet und sie aufgefordert, gemeinsam Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Die Bundesregierung hat bei dieser Gelegenheit insbesondere die amerikanische Garantie für unsere Sicherheit sowie das Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika für Berlin gewürdigt.

● Der **Staatsbesuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU** und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Gorbatschow, vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik Deutschland stellte ein historisches Datum in den deutsch-sowjetischen Beziehungen dar. Mit diesem Besuch wurde — in den Worten von Generalsekretär Gorbatschow — ein Strich unter die Nachkriegsperiode gezogen. Herausragendes Ergebnis war die Verabschiedung einer Gemeinsamen Erklärung, in der beide Seiten die Perspektive eines immer enger zusammenwachsenden Europas aufzeigen. Die Erklärung enthält eine klare Aussage zum Recht aller Völker und Staaten, über ihr Schicksal frei zu bestimmen, und ist ein Dokument, das weit über die bilateralen Beziehungen hinausweist. Während des Besuches wur-

„Wir sind vielleicht beim Werben um die Wähler nicht die feurigsten Liebhaber, aber wir sind verlässlich, gute Partner, auf uns kann man sich verlassen. Wir werden um die Zustimmung unserer Wähler kämpfen, weil wir nicht wollen, daß die politische und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes, die wir uns mühsam erarbeitet haben, aufs Spiel gesetzt wird.“ **Rudolf Seiters**

den elf Regierungsabkommen unterzeichnet. Dies stellt eine bedeutende Verbreiterung der vertraglichen Grundlagen der deutsch-sowjetischen Beziehungen dar.

IV. Die Bundesregierung hat die Bereitschaft und Fähigkeit aufgebracht, um der Zukunft willen auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ich weiß, daß deshalb noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muß. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß der Bürger die Arbeit der Bundesregierung zur Sicherung der Zukunft unseres Landes zunehmend erkennen und ihr bei Wahlentscheidungen Rechnung tragen wird. ■

Rot-radikales Regierungsbündnis in Bonn wäre eine andere Republik

Zur Empfehlung des SPD-Landesvorsitzenden Momper, auch in Bonn eine rot-radikale Koalition nach Berliner Muster einzugehen, erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl:

Auf dem Berliner SPD-Parteitag am vorletzten Wochenende hat der Vorsitzende Momper gefordert, daß sich das rot-radikale Bündnis in Berlin bewähren müsse, weil diese Politik ein Vorbild für die ganze Bundesrepublik Deutschland werden könne. Damit befindet sich Momper zwar in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit seiner Parteifreunde. Gleichzeitig werfen die ersten 100 Tage des rot-radikalen Senats ein deutliches Licht auf das, was die Bundesrepublik Deutschland von einer Regierungskoalition dieser Art zu erwarten hat:

1 Da kapituliert der rot-radikale Senat bei der ersten Bewährungsprobe vor der Gewalt der Straße. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Kreuzberg am 1. Mai veranlassen den Senat jedoch nicht zur Überprüfung seines Konzepts zur inneren Sicherheit. Vielmehr wurde und wird seit nunmehr zwei Monaten versucht, die Verantwortung für die bisher brutalsten Krawalle der Nachkriegszeit in Berlin von den politisch Verantwortlichen auf die Polizei abzuwälzen.

2 Gleichzeitig werden Pläne bekannt, nach denen die politische Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft „umstrukturiert“ werden soll. Dabei geht es in Wirklichkeit darum, die bei den Radikalen als „berüchtigt“ geltende P-Abteilung lahmzulegen, denn zu etwa 80 v.H. stammen in

Berlin die zu verfolgenden Straftaten aus dem linksextremen Spektrum.

3 Da diffamiert der Anführer der Alternativen Liste Ströbele den amerikanischen Präsidenten Bush und behauptet, der führende Repräsentant der die Freiheit Berlins garantierenden Macht sei kein willkommener Gast in Berlin. Gleichzeitig rief Ströbele zu Demonstrationen gegen den amerikanischen Präsidenten auf und verlangte Spenden, um Waffen für El Salvador kaufen zu können.

4 Da duldet der Regierende Bürgermeister von Berlin, Momper, daß die grün-alternative Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Schramm, die Forderung nach Abschaffung der Mauer, nach Frieden, Freiheit und Wiedervereinigung für alle Deutschen als ein Relikt des „Kalten Krieges“ diffamiert. Kurze Zeit darauf tilgt die Schulsenatorin Volkholz in einer Broschüre über Ernst Reuter den Hinweis, daß die Sowjetunion mit ihrer Blockade im Jahre 1948 einen Anschlag auf die Freiheit West-Berlins verübte. Und der ehemalige SPD-Bürgermeister Albertz fordert die Umbenennung der „Straße des 17. Juni“.

5 Da legt der Senat einen Nachtragshaushalt vor, mit dem sich die Nettoneuverschuldung Berlins in diesem Jahr nahezu um 50 v.H. auf 1,163 Mrd. DM erhöhen wird. Eine vergleichbare Schuldenexplosion hat es nach dem Krieg bisher noch in keinem Bundesland gegeben.

6 Da wollen die rot-radikalen Verantwortlichen des Berliner Senats den Vertrag mit der DDR über die bereits im Bau befindliche Stromtrasse zwischen der

Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zur Normalisierung der Lage Berlins, zur Senkung der Stromkosten in der Stadt und zum Umweltschutz in Berlin und der DDR zunichte gemacht.

7 Da fordern Rote und Radikale die Öffnung aller Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und wollen eine grenzenlose Einwanderung zulassen. Dem hat der rot-grüne Senat bereits durch eine neue Abschiebeschutz-Regelung für rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber Rechnung getragen. Nach dieser neuen Bestimmung bekommen abgelehnte Asylbewerber eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie fünf Jahre ununterbrochen in der Bundesrepublik gelebt haben. Gleichzeitig fordert aber der Berliner Senat eine Halbierung der auf Berlin entfallenden Aufnahmequote für Aus- und Übersiedler (mit dem entwaffnenden Argument, Berlin benötige die zusätzlichen Arbeitskräfte nicht mehr).

8 Da beschließt die AL/SPD-Mehrheit im Frauen- und Jugendausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses, das Familiengeld, das bisher das Land Berlin im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld zusätzlich ein weiteres Jahr gezahlt hat, in zwei Stufen bis 1990 zu halbieren. Diese Kürzungen sind ein sozialpolitischer Kahlschlag und gehen voll zu Lasten der erziehenden Mütter und Väter in Berlin.

9 Da zeigt sich ein Abgrund von Geistes-, Kunst- und Wissenschaftsfeindlichkeit rot-radikaler Apparatschiks, nicht nur in der Schließung der Berliner Akademie der Wissenschaften. Vergleichbares, nämlich die Beseitigung einer ganzen Forschungseinrichtung aus politischen Gründen, hat es zuletzt nur während der Nazizeit bzw. nach der Machtübernahme der Kommunisten in Mitteldeutschland gegeben.

10 Da stellt der rot-radikale Senat auch das Projekt des „Deutschen Historischen Museums“ in Frage, indem er einen neuen Standort, ein neues Planungsverfahren, einen neuen Architektenwettbewerb und eine neue Museumskonzeption fordert. Die neuen Planungs-Millionen soll natürlich der Bund zahlen, der das Museum der Stadt zur 750-Jahr-Feier geschenkt hat.

11 Da wird die „Kulturrevolution“ in Berlin weiter getrieben, indem gemäß den Koalitionsabsprachen zwischen Alternativen und SPD außeruniversitären Kräften vermehrt Mitspracherechte in den Hochschulen eingeräumt werden sollen. Gleichzeitig sollen den Hochschulen die vom CDU-Senat zugesagten Gelder zur Linderung der Überlastung der Hochschulen durch steigende Studentenzahlen entzogen werden und für alternative Projekte verwendet werden.

12 Da soll zwei weltweit bekannten und Weltniveau repräsentierenden Musikveranstaltungen wie dem „Horizonte-Festival“ und den traditionsreichen „Berliner Jazztagen“ die öffentliche Förderung entzogen werden.

Dies alles zeigt exemplarisch, wohin ein rot-radikales Regierungsbündnis in Bonn die Bundesrepublik Deutschland treiben würde: Abkoppelung vom westlichen Bündnis, Minderung der inneren Sicherheit, Aufgabe des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz, unsolide Finanzpolitik mit allem Folgen für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, ideologisch verblendete Wirtschaftspolitik, familienpolitische Demontage, Vertreibung von Wissenschaft, Kultur und Kunst.

Das Ganze soll ein Modell für die Bundesrepublik sein? Das wäre eine andere Republik, die wir nicht wollen und nicht zulassen werden! ■

Neue Baunutzungsverordnung verabschiedet

Weniger Spielhallen, mehr Dachgeschoßwohnungen

Das Bundeskabinett hat am 28. Juni 1989 der von Frau Bundesministerin Hasselfeldt vorgelegten neuen Benutzungsverordnung zugestimmt. Sie soll, vorausgesetzt der Bundesrat stimmt ebenfalls zu, am 1. Januar 1990 in Kraft treten. Die Neuregelungen werden dann für alle künftigen Bebauungsplanungen der Gemeinden gelten.

Die Baunutzungsverordnung enthält die Grundlagen für die Ausweisung von Baugebieten und regelt, welche Nutzungen in den Gebieten mit Bebauungsplänen erlaubt sind. Sie ist von unmittelbarer Bedeutung für die gemeindliche Planungspraxis und berührt alle am Baugeschehen interessierten Bürger.

Dazu erklärte Frau Hasselfeldt: „Nach dem Baugesetzbuch werden nunmehr in der Baunutzungsverordnung die Grundlagen für die gemeindliche Planungspraxis an die geänderten städtebaulichen Aufgaben angepaßt. Ziel der Änderungen ist es, eine flexible, den jeweiligen städtebaulichen Erfordernissen angepaßte Planung zu ermöglichen.“

I. Verbesserung der Innenentwicklung der Städte

Für die Erneuerung der Städte ist die Aufstellung von Bebauungsplänen in Bestandsgebieten besonders wichtig. Die Gemeinden haben aber bisher oft große Schwierigkeiten, vorhandene bauliche Anlagen planungsrechtlich zu sichern. Dies soll künftig möglich sein. Die erleichterte Überplanung bebauter Gebiete wird vor allem für die Sicherung

von Gewerbestandorten praktische Bedeutung haben. Sie können über den reinen Bestandsschutz hinaus planungsrechtlich gesichert und erweitert werden. Nutznießer der Neuregelung werden aber auch andere Anlagen sein, z. B. Sportanlagen, Verwaltungs- und Bürogebäude sowie Wohngebäude.

Beispiel:

Die Gemeinde beabsichtigt die Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes. Damit wäre ein vorhandener Gewerbebetrieb unvereinbar, dessen Standort nach Vorstellung der Gemeinde jedoch gesichert werden soll. Nach neuem Recht kann die Gemeinde das allgemeine Wohngebiet festsetzen und zugleich für den Gewerbebetrieb bestimmen, daß Erweiterungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen in einem bestimmten Umfang zulässig sind. Um Verschlechterungen der städtebaulichen Verhältnisse zu vermeiden, können im Bebauungsplan z. B. Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm vorgesehen werden.

II. Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten der Dörfer

Wohnen sowie Handwerk und Gewerbe sollen in den Dorfgebieten in größerem Umfang als bisher zulässig sein. Gleichzeitig werden landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten gesichert. Damit soll dem Strukturwandel in der

Landwirtschaft Rechnung getragen und das Dorfgebiet als Standort für land- und forstwirtschaftliche Betriebe gesichert werden.

Beispiel:

Die Gemeinde beabsichtigt die Festsetzung eines Dorfgebietes. Dies kann künftig unter wesentlich erleichterten Bedingungen geschehen. Dorfgebiete können in jedem Fall auch dann festgesetzt werden, wenn das Gebiet nicht durch landwirtschaftliche Betriebe geprägt wird. Ist das Dorfgebiet festgesetzt, können Nutzungen wie Wohnen, Handwerk und Gewerbe in größerem Maße als bisher zugelassen werden. Bei der Erteilung von Baugenehmigungen ist aber zu beachten, daß auf die Belange der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe einschließlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten vorrangig Rücksicht zu nehmen ist. Das Dorfgebiet wird so als Standort der Landwirtschaft gesichert.

III. Verstärkung des Umweltschutzes

Erstmals wird in einer bundesrechtlichen Vorschrift eine Obergrenze für die Versiegelung von Baugrundstücken festgesetzt. Den Gemeinden wird die ausdrückliche Pflicht auferlegt, die für die Bebauung zulässige Grundfläche festzulegen. Künftig sollen dabei auch Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze sowie deren Einfahrten berücksichtigt werden. Ziel dieser Vorschrift ist es, unvertretbare Bodenversiegelungen zu vermeiden.

Beispiel:

Der Bebauungsplan setzt eine zuverlässige Überbauung des Grundstücks von 40 Prozent der Grundstücksfläche fest. Wird sie durch das zu errichtende Wohnhaus ausgeschöpft, ist z. B. für Garagen und Stellplätze einschließlich der Zufahr-

ten nur noch eine Überschreitung um 50 Prozent der zulässigen Grundfläche, d. h. eine Gesamtüberbauung von 60 Prozent möglich.

Außerdem wird, um eine verbesserte Abstimmung von Immissionsschutzbelangen zu gewährleisten, die sogenannte Gegenseitigkeit des Gebots der Rücksichtnahme eingeführt.

Beispiel:

Ebenso wie ein emittierender Gewerbebetrieb beim Heranrücken einer Wohnbebauung auf diese Rücksicht zu nehmen hat (z. B. durch Schutzvorkehrungen zur Vermeidung von Lärm), muß auch ein an einen Gewerbebetrieb heranrückendes Wohnbauvorhaben darauf Rücksicht nehmen, daß der Betrieb durch die Nähe des Wohnens nicht mit verschärften gewerberechtlichen Anforderungen an Schutzvorkehrungen belastet wird.

IV. Erleichterung des Dachgeschoßausbaus

Eine wesentliche Änderung der neuen Baunutzungsverordnung ist die Erleichterung des Ausbaus von Dachgeschossen. Nach geltendem Recht können Hauseigentümer ihre Dachgeschosse häufig nicht zu Wohnzwecken nutzen, weil sie die erlaubte Geschoßflächenzahl bereits ausgeschöpft haben. Künftig dürfen Dachgeschosse für Wohnzwecke genutzt werden, auch wenn der Eigentümer die zulässige Geschoßfläche schon durch die sogenannten Vollgeschosse ausgenutzt hat. Für bereits bestehende Bebauungsplangebiete wird den Genehmigungsbehörden die Möglichkeit gegeben, die neue Vergünstigung auch dort anwenden zu können. Dies hat große Bedeutung für den nachträglichen Dachausbau.

Mit dieser neuen Vorschrift wird eine weitere wichtige Maßnahme ergriffen, um die vor allem in Ballungsgebieten

bestehenden Wohnraumengpässe zu beseitigen. Wichtig ist, daß der nachträgliche Dachausbau nicht an unnötig hohen Anforderungen der landesrechtlichen Stellplatzverpflichtungen scheitert. Der erhöhte Wohnungsbedarf erfordert eine flexible Genehmigungspraxis.

Beispiel:

Der Bebauungsplan setzt in zweigeschossiger Bauweise eine Geschoßflächenzahl von 0,8 fest. Auf einem 400 qm großen Grundstück bedeutet dies eine zulässige Geschoßfläche von 320 qm. Werden bereits in den beiden Vollgeschossen (Erdgeschoß und erster Stock) 300 qm Geschoßfläche verwirklicht, kann nach neuem Recht das Dachgeschoß zu Wohnzwecken ausgebaut werden, obwohl dadurch die zulässige Geschoßfläche überschritten werden würde.

V. Beschränkung von Vergnügungsstätten (z. B. Spielhallen)

Mit der neuen Verordnung wird die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten, zu denen insbesondere auch Spielhallen gehören, eingeschränkt:

- Anders als bisher sind Vergnügungsstätten in Wohngebieten, Kleinsiedlungen und Industriegebieten generell unzulässig.
- In besonderen Wohngebieten, Dorfgebieten und in Mischgebieten, die nicht überwiegend gewerblich geprägt sind, können Vergnügungsstätten nur noch ausnahmsweise zugelassen werden.

Allgemein zulässig sind Vergnügungsstätten und Spielhallen demnach nur noch in Kerngebieten, in Gewerbe- und in Mischgebieten, die überwiegend gewerblich geprägt sind. Aber auch hier können die Gemeinden wirksam gegen eine Konzen-

tration z. B. mehrerer Spielhallen vorgehen. Veränderungssperren sichern entsprechende planerische Maßnahmen. Gerade dieses Instrument greift kurzfristig und wirkungsvoll, z. B. auch bei der Umwandlung eines Ladenlokals in eine Spielhalle. ■

JU sammelte für Zentrale Erfassungsstelle

8775mal „eine Mark für Salzgitter“ — dieses Ziel hat die Junge Union Schleswig-Holstein erreicht. Fünf Monate lang sammelten JU-Mitglieder im ganzen Land mit Sammelbüchern auf der Straße und bei Veranstaltungen für die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter.

Die Spendenaktion der JU war notwendig geworden, nachdem die SPD-Landesregierung den schleswig-holsteinischen Beitrag aus dem Landeshaushalt gestrichen hatte. 1988 hatte Schleswig-Holstein noch 8415,17 DM nach Salzgitter überwiesen.

Der JU-Landesvorsitzende, Thomas Stritzl, MdL, hat nun den Scheck über 8775,18 DM an den Vertreter der niedersächsischen Landesregierung, den Pressesprecher und Haushaltsreferenten des Justizministeriums in Hannover, Hartmut Möllring, überreicht. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte die Annahme des Geldes mit der Zweckbestimmung für die Erfassungsstelle in Salzgitter verweigert.

Die Renten sind wieder sicher

Zum 1. Juli 1989 steigen die Renten um brutto drei Prozent. Die CDU hält mit dieser Rentenerhöhung, was sie immer gesagt hat: Keine Lohnerhöhung geht an den Rentnern vorbei; Renten und verfügbare Arbeitseinkommen entwickeln sich im Einklang.

Gerade die Rentnerinnen und Rentner haben seit der Regierungsübernahme im Jahre 1982 von der soliden Politik der CDU profitiert, erklärte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Gerhard Braun. Die Renten sind von 1982 bis 1988 um 14,7 Prozent und in den letzten Jahren, nach Abzug des Preisanstiegs real um sieben Prozent gestiegen, das heißt, der Durchschnittsrentner hat seit 1985 etwa 110 Mark mehr in seinem Portemonnaie. Dies ist ein Erfolg der guten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU.

Auch das Rentenniveau hat die CDU auf einem Höchststand gehalten. In den Jahren 1982 bis 1988 lag das Altersruhegeld eines Rentners mit 45 Versicherungsjahren, der in seinem Arbeitsleben ein durchschnittliches Einkommen erzielt, bei rund 72,5 Prozent des Nettoeinkommens eines aktuellen Durchschnittsverdieners. Die Rentner haben somit in den letzten Jahren ihre gute Position im Einkommensgefüge gehalten.

Als die CDU-geführte Bundesregierung im Oktober 1982 die politische Verantwortung übernahm, stand die Rentenversicherung aufgrund der unsoliden Haushalts- und Finanzpolitik der SPD vor der Zahlungsunfähigkeit. Die CDU hat die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet und die Rentenfinanzen wieder stabilisiert. Jeder Rentner kann sich darauf verlassen, daß seine Rente pünktlich Monat für Monat kommt.

Helmut Sauer neuer Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung hat bei ihrer Bundesdelegiertentagung am 23./24. Juni in Bonn eine neue Führung gewählt. Neuer Bundesvorsitzender ist der 43jährige Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer. Dr. Herbert Hupka, der die Vereinigung seit 1977 führte, wurde Ehrenvorsitzender. Weiter wurden gewählt

● zu stellvertretenden Vorsitzenden:

Dr. Ursula Besser (Berlin)
Rudolf Friedrich, MdL (Hessen)
Kurt Josef Rossmann, MdB (Bayern)
Bernd Wilz, MdB (NRW)

● zum Schatzmeister:

Hans-Erich von Bodenhausen
(Niedersachsen)

● zu Beisitzern:

Rosy-Angela Braun (Hessen)
Dr. Herbert Czaja, MdB
(Baden-Württemberg)
Hartmut Gassner (NRW)
Rüdiger Goldmann, MdL (NRW)
Dr. Walter Priesnitz (NRW)
Dr. Sieghard Rost, MdL (Bayern)
Hans-Georg Schastock (Baden-Württ.)
Erich Weidlich (Rheinland-Pfalz)

● zum Hauptgeschäftsführer:

Gerold Rummler.

Für Ihre Aktionen im Sommer

Best.-Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis pro Mindest- abnahme
Straßenaktionen			
0994	Canvassingstand	1 Stück	172,—
0546	Aufkleber für Canvassingstand	10 Stück	33,—
0458	CDU-Sonnenschirm	1 Stück	75,—
0459	Fuß für Sonnenschirm	1 Stück	12,80
9082	Papier-Tragetasche: Ein Sommer mit der CDU	250 Stück	45,—
4850	Aktionshandbuch Canvassingaktionen	10 Stück	3,40
Sommerfest			
9059	Tischdeckenfolie mit CDU-Aufdruck, 50 × 90 cm	1 Rolle	30,—
9922	CDU-Getränkebecher	100 Stück	13,—
9292	CDU-Bierdeckel	100 Stück	3,50
9303	CDU-Papierfähnchen	1 000 Stück	80,—
9304	Luftballons, bunt sortiert	1 000 Stück	100,—
9305	Ballondrahtstäbe	500 Stück	20,—
9778	Wasserball	25 Stück	35,—
Plakate			
8174	Poster A0: „Schöne Ferien“	50 Stück	57,—
8175	Poster A1: „Schöne Ferien“	50 Stück	25,—
8836	Poster A1: „Ein Sommer mit der CDU“	50 Stück	28,—

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

Bestellungen über:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

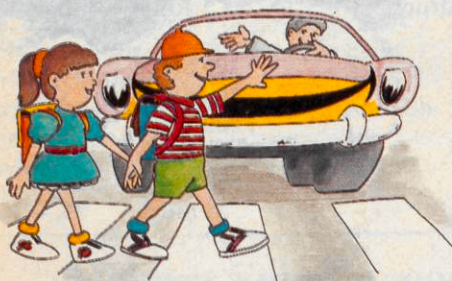
Personalie

Bernd Wilz, Bundestagsabgeordneter aus Solingen, ist in Berlin für drei weitere Jahre zum Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen (BMD) gewählt worden. Wilz, der den 300.000 Mitglieder starken Verband seit 1986 leitet, ist der sechste

Präsident seit der Gründung durch Ernst Lemmer vor 20 Jahren. Der Bund der Mitteldeutschen versteht sich als Interessenvertretung der rd. vier Millionen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ehemaligen Bewohner der DDR sowie als Sprachrohr der 17 Millionen Deutschen, die heute noch in Mitteldeutschland leben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Liebe Autofahrer,
bitte Vorsicht!



Schule hat begonnen.

CDU
Die Zukunft

Jetzt schon an das Ferienende denken

DIN-A1-Plakat „Schule hat begonnen“

Anfang August sind in einigen Bundesländern die Sommer-Schulferien zu Ende. Der Schulalltag beginnt. Gerade für motorisierte Verkehrsteilnehmer ist dann speziell in den ersten Tagen nach Schulbeginn erhöhte Vorsicht geboten, ganz besonders natürlich bei Schulanfängern, die sich noch nicht so gut im Straßenverkehr auskennen. Mit dem DIN-A1-Plakat „Schule hat begonnen“ signalisiert die CDU auf freundliche Art und Weise und zudem ohne erhobenen Zeigefinger, auf was es dabei ankommt: So umsichtig zu fahren, daß kein anderer Verkehrsteilnehmer gefährdet wird.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
zuzügl. MwSt.

Bestell-Nr.: 8984

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

22/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.